

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

Fachgruppe Berufliche Schulen
Kreisverband Nürnberg



Vor den Haushaltsberatungen 2011: Die Fachgruppe befragt Nürnbergs BildungspolitikerInnen

Die seit Jahren andauernde Unterfinanzierung der Kommunalhaushalte und die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise gefährden die kommunale Selbstverwaltung und öffentliche Daseinsvorsorge. Nürnbergs Kämmerer erwartet aufgrund der Steuerschätzungen vom Mai 2010 in den nächsten vier Jahren für die Stadt zusätzliche Steuermindereinnahmen von 180 Mio. Euro. Anlass für die Fachgruppe, die Nürnberger BildungspolitikerInnen zu den Auswirkungen auf die kommunale (Berufs)Bildungspolitik zu fragen.

1. *Trotz der erwarteten Steuermindereinnahmen und den anstehenden Sparpaketen darf bei der Bildung nicht gespart werden.*

- *Die Qualitätsentwicklung der beruflichen Schulen (NQS) gibt es nicht zum Nulltarif.*
- *Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit (Pension mit 67) erfordert eine verstärkte Gesundheitsförderung.*
- *Die technische Entwicklung stellt ebenso wie die Ausweitung der Lernfelddidaktik neue Anforderungen an die berufliche Bildung. Erhöhte Ausgaben für die Sachausgaben und die Weiterbildung der Lehrkräfte sind dringlich.*

Wie sehen Ihre Planungen für die Sach- und Personalausgaben der beruflichen Schulen im Haushalt 2011 aus?

Stadträtin Anja Pröiß-Kammerer (SPD): Der Kämmerer hat seine Haushaltspläneinbringung unter das Motto einer sparsamen Haushaltsplanung gestellt, d.h. u. a. keine Stellenplanausweitung, Kürzung der Budgets um 5 % vorgeschlagen. Dies gilt auch für den Bildungs- und Sozialbereich. Aber und das ist wichtig, es wird im Bildungs- und Schulbereich weiter investiert. D.h. die Verschiebung nicht begonnener Projekte im Mittelfristigen Investitionsplan 2011 – 2014 gilt nicht für Schulprojekte. Die Stadt wird in den nächsten vier Jahren insgesamt 103 Mio. € in Schulen, davon 67 Mio. € aus städtischen Mitteln, investieren, ein gewaltiges Programm in Anbetracht der knappen Haushaltskasse. Zukunftsinvestitionen wie Schulen und Kinderbetreuung sollen also trotz Konsolidierung wei-

ter voranschreiten. Damit hält die Stadt Wort. Das heißt aber auch, dass die Stadt weiter für eine angemessene Finanzausstattung öffentlicher Ausgaben, u. a. für Lehrpersonal, kämpfen muss. Jedes Jahr fehlen der Stadt aufgrund der zu niedrigen Erstattungen des Freistaats daraus über 60 Mio. €. Die Haushaltsberatungen der SPD-Stadtratsfraktion stehen noch an, dennoch lässt sich sicher jetzt schon sagen, dass wir die Linie des vorgeschlagenen Haushaltsplans im Interesse der Stadt mittragen werden.

Stadträtin Elke Leo (Bündnis 90/Die GRÜNEN): Die finanzielle Lage der Stadt Nürnberg ist ja hinlänglich bekannt. Auch wenn wir uns natürlich eine bessere Ausstattung der Schulen im Personalbereich und in den Sachmitteln wünschen, machen wir uns unglaublich, hier Erhöhungen zu fordern. Unser Ziel ist: Keine Einsparungen im Personalbereich und in den Sachausgaben, also die Pauschalen für EDV und Modernisierung der Werkstätten etc. in Höhe des vergangenen Jahres zu halten.

Stadträtin Barbara Regitz (CSU): NQS: An den beruflichen Schulen werden regelmäßig Anrechnungsstunden für NQS im Umfang von 1 Lehrerwochenstunde (LWS) je Direktorat gewährt. Für zusätzliche Aufgaben im Rahmen des Qualitätsmanagements sollte der Umfang der Anrechnungsstunden mindestens mit der Ressourcensituation beim Staat vergleichbar sein. **Verstärkte Gesundheitsförderung:** Wir erwarten mit Interesse die Ergebnisse der Ar-

beitsgruppe (Die Personalvertretung ist daran auch beteiligt), die die Belastungsfaktoren am Arbeitsplatz der Lehrkräfte bewertet. **Weiterbildung der Lehrkräfte:** Weiterbildungen werden nicht im beantragten Umfang genehmigt? Weiterbildung ist zur Qualitätssicherung notwendig. **Planung Sach- und Personalausgaben der B-Schulen im HH 2011:** Sach- und Personalausgaben dürfen im HH 2011 keinesfalls sinken. Die Modernisierungspauschale müsste ebenso wie die EDV Pauschale erhöht werden. Inwieweit dies für das Jahr 2011 mehrheitlich beschlossen wird?

2. Viele Nürnberger HauptschülerInnen suchen erfolglos einen Ausbildungsplatz und absolvieren Warteschleifen. Auch die Zahl der Ausbildungsabbrecher, Durchfaller, Wiederholer an beruflichen Schulen ist erschreckend hoch.

Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Jugendlichen wollen Sie ergreifen? Förderunterricht, kleinere Lerngruppen, sozialpädagogische Betreuung, vollschulische Berufsausbildung, Vertretungsreserve?



Christiane Alberternst (FDP, Ausschussgemeinschaft „Die Bunten“): Fachlich stimmen wir Ihnen 100% zu. Doch dieses Jahr stehen die HH-Beratungen unter einem neuen Stern: Der Oberbürgermeister hat die Fraktionen darum gebeten, dieses Jahr keine eigenen Anträge zu stellen. Die drohende „Entmachtung“ der Stadt bei einem nicht genehmigungsfähigen Haushalt und daraus resultierende Zwangs-Einsparungen der freiwilligen Leistungen im Bildungs-, sozialen und kulturellen Bereich will er vermeiden. Wir auch. Das bedeutet: Keine Einzelforderungen von den „Bunten“ zum Wohle der gesamten Stadt.

Die Bunten unterstützen den Schulausschussbeschluss vom 26.02.10. Wir begrüßen NQS und die Bereicherung um die externe Evaluation NQS-E.

Stadträtin Anja Pröiß-Kammerer (SPD): Jeder Jugendliche soll in Nürnberg – natürlich nicht nur da – eine Chance auf Ausbildung haben. Jedoch ist der direkte Anschluss einer beruflichen Ausbildung an die schulische Laufbahn immer schwieriger und schon längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Wir wollen möglichst vielen Jugendlichen diesen schwierigen Übergang zwischen Schule und Beruf erleichtern. Diese Forderung bestimmt unser Handeln gerade im Bereich der Berufsschulen, wir versuchen jedoch auch bereits an den Hauptschulen, soweit dies von Seiten der Stadt möglich ist, z.B. durch Maßnahmen wie Quapo der NOA oder auch durch das Nürnberger Übergangsmangement möglichst viele Jugendliche bereits auf den künftigen Arbeitsmarkt so optimal wie möglich vorzubereiten. Im Berufsschulbereich haben für uns die Berufsfachschulen eine immense Bedeutung, weil sie Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz eine Ausbildung ermöglichen. Insgesamt erscheint es uns noch stärker als bisher nötig, dass die Agentur für Arbeit, die

Kammern, die ARGE sowie die Schulen und die Stadt an einem Strang ziehen, um Jugendlichen in Nürnberg möglichst gute Ausbildungschancen zu ermöglichen. Das Projekt „Regionales Übergangsmanagement“ in Nürnberg, angesiedelt beim Bildungsbüro der Stadt, soll hier für eine bessere Abstimmung zwischen den Akteuren und Projekten sorgen und somit auch die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten stärken.

Stadträtin Elke Leo (Bündnis 90/Die GRÜNEN): Der sukzessive Ausbau der Sozialpädagogen an den Schulen ist ja bereits beschlossen. Auch hier wäre es wünschenswert, schneller voranzukommen, aber der Freistaat hat ja ein Ziel: 1000 Schulsozialpädagogen für Bayerns Schulen bis 2019 und damit die jährliche Schaffung von 60 Stellen pro Jahr bayernweit. Diese Zahlen sprechen für sich. Wir unterstüt-

Bayerndurchschnitt. Im Vollzeitmodell „Berufsvorbereitungsjahr“ können Schüler/innen wesentlich besser auf spezifische Berufsfelder vorbereitet werden als im 1-Tages-Beschulungsmodell der JoA-Klasse.

Die Versorgung mit kommunalen Angeboten im Bereich der schulischen Ausbildung an Berufsfachschulen ist bayernweit einzigartig.

Nürnberg leistet mit den in Nürnberg entwickelten Klassenformen „Berufsgrundausbildungsjahr“ (BGA) und dem Modellprojekt „Berufsvorbereitungsjahr zur Sprachintegration“ (BVJ-si) Pionierarbeit im Interesse der optimalen Förderung der Jugendlichen.

Ausbildungsabbruch: Die Hauptursachen für die Auflösung von Ausbildungsverhältnissen liegen im betrieblichen Bereich (Probleme mit den Anforderungen des Berufs / zwischenmenschliche Probleme mit Kollegen / falsche

„Wer gute Bildung will, muss dafür zahlen. Deutschland liegt auf dem drittletzten Platz der 27 EU-Staaten. Die deutschen Politiker reden nur, tun dann aber nichts.“
Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger zum Thema Bildung

zen alle Maßnahmen, die die SchülerInnen befähigen ihre Abschlüsse zu schaffen und die Durchfallerquoten senken. Stichwort Personal s. o.

Stadträtin Barbara Regitz (CSU): Jeder Jugendliche braucht Aussichten auf Erfolg und das Gefühl in unserer Gesellschaft willkommen zu sein. Berufsorientierung und ergebnisorientierte Berufswegeplanung sind wichtige Handlungsfelder, denen sich die Stadt Nürnberg auf vielfältige Weise widmet. Noch sind die Ergebnisse aber nicht zufriedenstellend. Es scheinen zwar viele Ressourcen vorhanden zu sein, diese müssten wohl aber noch stärker gebündelt werden, um sie noch effektiver und zielorientierter beim einzelnen Schüler anzubringen und um noch mehr Jugendlichen einen direkten Anschluss in einer dualen Berufsausbildung oder einem Studium zu eröffnen.

Dennoch hebt sich das Nürnberger Konzept im Umgang mit berufsschulpflichtigen Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten und keine weiterführende Schule besuchen, im bayerischen Vergleich deutlich positiv ab:

Der Anteil der Vollzeitbeschulung von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz in verschiedenen Klassenformen der Berufsvorbereitung ist in Nürnberg seit Jahren signifikant höher als im

Berufswahl) bzw. im persönlich privaten Bereich (Tugenden nicht ausreichend vorhanden, Familiensituation, Akzeptanz bei Freunden). Die Berufsschule spielt hierbei – empirisch erwiesen – kaum eine Rolle. Im Sinne eines präventiven Arbeitens unterstützt SchB vorgelagerte Schularten insbes. die Hauptschulen bei ihrer Arbeit, die Berufsorientierung bei den Jugendlichen zu stärken (z.B. Berufsschul- und Werkstatttage).

Förderunterricht / kleinere Lerngruppen: Im Bereich der beruflichen Schulen halten sich die staatlich eingeräumten Spielräume für Förderunterricht in Grenzen. Im Bereich der dualen Ausbildung findet die systematische Zusammenarbeit mit Trägern von der Agentur für Arbeit finanzierten „abH“ (ausbildungsbegleitenden Hilfen) statt. Auch für die Klassengrößen sind staatliche Festlegungen zu beachten. Im Rahmen der staatlichen Vorgaben streben wir Untergrenzen an. **Durchfaller / Wiederholer:** An der Berufsschule gibt es kein schulisches „Durchfallen“ / „Wiederholen“. Die Probezeitbestehensquote an FOS und BOS hat sich deutlich verbessert. Auch im Vorfeld sollte allerdings sorgfältig geprüft werden, ob diese Schulform für den einzelnen Schüler die richtige ist. Vielleicht wäre eine Ausbildung im dualen System effektiver? **Schulsozialpädagogik:** Für Schulsozialpädagogik hat sich die CSU Stadtratsfraktion stets sehr eingesetzt; sie war sehr gewinn-

bringend beim Schulreferat angegliedert – Schüler müssen dort abgeholt werden, wo sie fast täglich sind. Jetzt (JAS) ist bei Ref.V/J angesiedelt. Die Priorisierung beim Ausbau von JAS wurde im Jugendhilfe-/Schulausschuss am 30.06.2009 verabschiedet. Im SJ 2009/10 verbesserte sich die Versorgung mit JAS leicht. Nun arbeitet auch an B7 (1 VZ-Stelle), B1 und B14 (je halbe Stelle) ein/e JAS-Sozialpädagoge/in. Ausgesprochen unbefriedigend ist weiterhin die Situation an der Wirtschaftsschule (B12). **Vertretungsreserve:** Eine Vertretungsreserve hat im Moment kaum eine Realisierungschance und ist zudem schwer zu organisieren. Wie sollen die ca. 150 Berufsbilder und verschiedenste berufliche Ausbildungsgänge an 7 beruflichen Schularten durch eine Vertretungsreserve abgedeckt werden?

Christiane Alberternst (FDP, AG „Die Bunten“): Das Bildungsdilemma der Hauptschülerinnen beginnt Jahre zuvor, deshalb gilt für uns: Früher beginnen! Dazu gehören

- Frühförderung in der KiTa (insbes. Sprachförderung)
- mehr Ganztagsschulangebote, von denen vor allem Kinder profitieren, die zuhause zu wenig Anregung bekommen,
- kleinere Klassen mit besseren Fördermöglichkeiten
- Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen

Die erfolgreichen Projekte BALL und SCHLAU unterstützen wir mit voller Überzeugung. Sie zeigen, dass gezielte Unterstützung beim Übergang ins berufliche Bildungssystem und in die duale Ausbildung wirkt.

3. *Der Schulraumangel an beruflichen Schulen wird immer größer. Immer neue Außenstellen sind keine Lösung.*

Wie wollen Sie die Raumprobleme im Bereich der beruflichen Schulen lösen?

Stadträtin Anja Pröiß-Kammerer (SPD): Durch die wichtige Einrichtung von Berufsfachschulklassen, aber auch den nötigen BVJ- BGA Klassen u. a. wird der Raum an den Nürnberger beruflichen Schulen knapp. Dessen sind wir uns bewusst. Hinzu kommt, dass Anmietungen oder über das Stadtgebiet verstreute Außenstellen natürlich keine optimale Lösung darstellen. Die SPD-Stadtratsfraktion hat sich daher von Beginn an für den Neubau eines weiteren Gebäudes auf dem Gelände des Parkplatzes am BBZ eingesetzt. Diese Pläne werden gerade konkretisiert und wir werden uns für eine möglichst zeitnahe Realisierung einsetzen. Weiterer Platzbedarf wird durch die zusätzlichen Bedarfe der FAKS und der BOS entstehen, auch hier gilt es, vorausschauend zu planen.

Stadträtin Elke Leo (Bündnis 90/Die GRÜNEN) Auf jeden Fall müssen wir darauf achten, dass geplante Maßnahmen termingerecht durchgeführt werden, hier ist vor allem der BBZ-Riegel zu nennen.

Stadträtin Barbara Regitz (CSU): Der Neubau des „Riegels“ auf dem Parkplatz des BBZ würde die dringlichsten Raumprobleme lösen und Spielräume für eine Raumoptimierung an anderen B-Schulen eröffnen. Die Realisierung dieses Neubaus hat absolute Priorität.

Christiane Alberternst (FDP, AG „Die Bunten“): Wichtig und dringend: Die Zusammenführung der „versprengten Einheiten“, eine ganz schnelle Lösung für den „Riegel“ an der Alten Messe, der sich zu verzögern scheint. Ende 2013 müssen die 40 Klassen aus der Senefelder Straße draußen sein. Ansonsten wird sich die Raumsituation wegen zurückgehender Schülerzahlen mittelfristig entspannen. Diese „demographische Rendite“ muss in die Qualität der Bildung investiert werden.